Tote Hühner, doch Kontrollen ergaben keine Mängel

TIERSCHUTZ Kritik an Veterinäramt Vechta nach Aufnahmen aus Geflügelhof – Überprüfungen meist angekündigt

VON THILO SCHRÖDER



Ein Huhn liegt bewegungslos auf dem Rücken – eine der von Aktivisten veröffentlichten Aufnahmen, die aus einem Geflügelmastbetrieb im Landkreis Vechta stammen sollen. BILD: ANINOVA

IM NORDWESTEN – Ein mutmaßlicher Fall von Tierquälerei in einer Geflügelmastanlage im Landkreis Vechta weckt Zweifel an der Kontrollpraxis der Behörden. Aufnahmen von kranken, geschwächten und toten Tieren, die die Tierrechtsorganisation Aninova veröffentlicht hat, sollen im Februar in der Anlage entstanden sein.

Amt prüfte – aber stets mit Ankündigung

Laut Aninova habe das zuständige Veterinäramt Vechta den Hof nach eigenen Angaben in zwei Jahren 29 Mal kontrolliert und dabei keine Mängel festgestellt. Die Aktivisten monieren, dass all diese Überprüfungen angekündigt gewesen seien – was in anderen Ämtern nach Recherchen unserer Redaktion nicht so gehandhabt wird.

Die Vechtaer Kreisverwaltung erklärt dazu, dass Vor-Ort-Kontrollen „in der Regel kurzfristig angekündigt“ würden. „Bei Verdacht auf Verstöße werden die Kontrollen in der Regel nicht vorher angekündigt.“ 2025 habe es 672 Kontrollen in den Bereichen Tierschutz, Tierseuche, Tierarzneimittel und Beseitigung tierischer Nebenprodukte (wie etwa Schlachtreste) gegeben. In 192 Fällen habe das Veterinäramt Mängel festgestellt.

Gesetz fordert unangekündigte Kontrollen

Laut EU-Kontrollverordnung gilt allerdings: „Amtliche Kontrollen erfolgen ohne Vorankündigung, es sei denn, eine Vorankündigung ist hinreichend begründet und notwendig, damit die amtliche Kontrolle durchgeführt werden kann.“

Auf Nachfrage zu diesem mutmaßlichen Widerspruch verweist die Kreisverwaltung auf unangekündigte Geflügeluntersuchungen, die maximal drei Tage vor der Schlachtung stattfinden müssen, und „stichprobenhafte“ amtliche Verladekontrollen direkt bei der Ausstallung vor dem Transport zum Schlachthof. Aus organisatorischen Gründen gebe es dabei gegebenenfalls eine vorherige „Abstimmung“ – um zu klären, wie die Kontrolleure in den Betrieb gelangen, oder weil die Behörde bei umfangreichen Probennahmen auf die Mitwirkung vor Ort zwingend angewiesen sei. Dies stehe „im Einklang mit den rechtlichen Vorgaben“.

In Friesland und Wesermarsch meist unangemeldet

Anders interpretiert das Veterinäramt JadeWeser, das in den Landkreisen Friesland, Wesermarsch und Wittmund sowie der Stadt Wilhelmshaven zuständig ist, die Vorgaben: Sowohl Betriebe als auch Hobbyhalter würden „überwiegend unangekündigt“ kontrolliert, sagt eine Sprecherin. 2025 gab es demnach 981 Tierschutzkontrollen. Schlachtuntersuchungen ausgenommen, seien „auch Kontrollen in Geflügelhaltungsbetrieben in der Regel unangekündigt“. Ähnliches verlautet aus dem Landkreis Oldenburg, wo laut Verwaltung zuletzt 98 von 139 Kontrollen unangekündigt waren.

Das Veterinäramt des Landkreises Cloppenburg wiederum hat laut Verwaltung geschätzt jede zweite Kontrolle im vergangenen Jahr angekündigt – vor allem in Fällen, in denen der Halter vor Ort sein musste, etwa um Dokumente vorzulegen. Insgesamt prüfte das Amt 432 Schweine-, Rinder-, Schaf- und Geflügelhaltungen.

Betriebe sollen wenig Aufwand haben

Weshalb die EU-Vorgaben offenbar weit auslegbar sind, beantwortet eine Sprecherin des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums auf Nachfrage eher vage: „Die Kontrollplanung erfolgt in eigener Zuständigkeit der kommunalen Veterinärbehörden.“ Es werde risikobasiert – also mit Blick auf das konkrete Risikopotenzial im jeweiligen Betrieb – und anlassbezogen kontrolliert. Die Überprüfungen würden „in der Regel ohne Vorankündigung“ und „nach Möglichkeit so durchgeführt, dass der administrative Aufwand und die Beeinträchtigung der Betriebsabläufe für die Unternehmer auf das notwendige Mindestmaß reduziert werden“.

Aninova hat die Aufnahmen aus dem Kreis Vechta sowie weitere, einem Betrieb im Kreis Stade zugeordnete Bilder zur Anzeige gebracht. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg bestätigt dies. Im nächsten Schritt schaue sich entweder ein Sachverständiger oder die Behörde selbst die Aufnahmen an, sagt ein Sprecher.

Wie solche Verfahren ausgehen können, zeigt der Fall eines Geflügelmastbetriebs im Emsland: Tierschützer hatten dort im Mai 2023 dokumentiert, wie Mitarbeiter schwache Tiere bei lebendigem Leib aufspießen, sich gegenseitig auf die Hühner schubsen und sich mit diesen bewerfen. Dieses Ermittlungsverfahren stellte die Staatsanwaltschaft Oldenburg zwei Jahre später ein, weil „eine Straftat nicht nachzuweisen“ sei.

„Pfarrhaus ist ein Irrweg“

ÄRGER Wangerooger Katholiken üben scharfe Kritik an „Residenz für Hotelmanager“

VON THEO KRUSE



Das Bischöflich Münsterische Offizialat will auf dem Grundstück vor der St.-Willehad-Kirche eine Nobelherberge für den Hotelmanager bauen. Die Wangerooger Katholiken lehnen das rundweg ab. BILD: THEO KRUSE

WANGEROOGE – Die Katholiken der Insel Wangerooge liegen mit dem Bischöflich Münsterischen Offizialat (BMO) in Vechta über Kreuz. Grund dafür ist der geplante Neubau eines „Pfarrhauses für Hotelmanager“, das auf dem freien Platz vor der St.-Willehad-Kirche entstehen soll. Das BMO setze in einer Zeit, in der kirchliches Handeln zunehmend kritisch hinterfragt werde, ein „falsches Signal“ – so die Wangerooger Katholiken. Sie lehnen das Projekt des Offizialats rundheraus ab.

Insulaner empört über fehlende Absprachen

Irritationen über die nicht vorhandene Kommunikation zwischen Wangerooger Katholiken und dem neuen Haus Meeresstern gab es bereits vor der Eröffnung des Hauses in diesem Sommer. Im Vorfeld stieß den Insulanern sauer auf, dass Hausleiter Peter Havers in einem Bericht der NWZ verlauten ließ, eine institutionelle Zusammenarbeit mit der katholischen Gemeinde Wangerooge sei nicht vorgesehen.

Der Gemeindeausschuss erinnert daran, dass das Haus Meeresstern seit dem Bau im Jahre 1908 als Schwesternorden, Lazarett, Inselkrankenhaus, Mutter-Kind-Heim und kirchliches Bildungs- und Gästehaus überwiegend niedrigschwellige Übernachtungsangebote unterbreitet habe. Im Zuge der sich stetig verteuernden, millionenschweren Sanierung über sechs Jahre sei diese kirchliche Prägung über Bord geworfen worden.

Nun setze das neue Konzept auf Hotelkomfort, Individualreisende und gehobene Gastronomie – ein Wandel zu einem Strandhotel, das zu „marktüblichen Bedingungen zu führen sei“, garniert lediglich mit einigen christlichen Randangeboten. Der Umbau des Hauses hat rund 25 Millionen Euro gekostet.

Das BMO als Investor und Eigentümer strebe Exklusivität mit katholischem Beiwerk an. Eine Zusammenarbeit mit der katholischen Gemeinde Wangerooge werde offenbar nicht gewünscht. Stattdessen errichte man auf dem Grundstück unterhalb der katholischen Kirche ein „Haus der St.-Willehad-Stiftung“, das der Management-Ebene des Exklusivhotels als Residenz dienen solle.

Die einheimischen Katholiken seien in die Planung – das Gebäude wird fälschlicherweise als Pfarrhaus bezeichnet – nicht einbezogen und erst auf Nachfrage informiert bzw. vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

Lebendige Gemeinde fürchtet Beeinträchtigung

Der Kirchenausschuss weist in seiner mehrseitigen Stellungnahme zu Recht darauf hin, dass Wangerooge über eine sehr lebendige Kirchengemeinschaft verfüge. Sie mache spirituelle, musikalische, meditative, interaktive und kreative Angebote, die eine große Zahl von Insulanerinnen und Insulanern, Gästen, Kindern und Seniorinnen und Senioren oder Familien erreichten. Auch die gut besuchten Gottesdienste bewiesen, dass die „Kirche vor Ort“ vor allem durch Menschen gestaltet und lebendig werde. Im Rahmen dieser Angebote werde der parkähnliche Außenbereich vor der Kirche als gemeinschaftlich-christlicher Raum genutzt. Durch die Neubaupläne werde dieser Raum mit seinen zahlreichen Veranstaltungen unter freiem Himmel deutlich beeinträchtigt.

„Für die katholischen Gemeindeglieder steht die Residenz des Hotelmanagers exemplarisch für ein grundlegendes Problem im Selbstverständnis und in der Rolle der katholischen Kirche“, meint der Kirchenausschuss, dem Pfarrer Egbert Schlotmann vorsitzt. „Die Gründe für die Ablehnung sind vielfältiger Natur und beleuchten stellvertretend das Spannungsverhältnis zwischen gelebter Glaubensgemeinschaft und institutionalisierter, traditioneller hierarchischer Kirchenstruktur“, kritisieren die Wangerooger Katholiken. Die römisch-katholische Kirche habe seit der Wiedervereinigung 2,3 Millionen Mitglieder durch Austritt verloren und der Schwund halte an. „Das vom BMO projektierte ‚Pfarrhaus für Hotelmanager’ ist ein Irrweg“, schreiben die Mitglieder des Kirchenausschusses.

Eine Reaktion seitens des Bischöflich Münsterischen Offizialats in Vechta steht noch aus.